

## Ein neuer Kurs in der Ernährungsfrage.

Wien, 21. August.

Als das Parlament zusammentrat, erwartete die Bevölkerung, daß die Ernährungsfrage in den Beratungen des Parlaments einen weiten Raum einnehmen würde. War doch die Meinung der Bevölkerung übereinstimmend, daß die bisherige bürokratische Regelung der Ernährungsfrage trotz des unleugbar guten Willens der hiemit betrauten Organe den gewünschten Erfolg nicht zeitig hätte. Ebenso wie die Ueberzeugung allgemein war, daß nur ein Zusammenwirken mit den lebendigen Kräften des Volkes, mit den Produzenten, dem Handel und den Konsumenten eine halbwegs glückliche Lösung des unsagbar schwierigen Ernährungsproblems bringen könnte. Die lebendigen Kräfte haben doch ihre Vertretung im Parlament, und so durfte man hoffen und erwarten, daß das Parlament selbst die Initiative ergreifen würde und nicht bloß, wie es geschehen ist, bei einer nicht immer rein sachlichen Kritik der Tätigkeit der verschiedenen Zentralen stehen bleiben werde. Es ist aber geschehen, und so erscheint es begreiflich, wenn die Regierung nunmehr die Initiative ergreift und den Zusammenhang mit diesen lebendigen Kräften der Bevölkerung herzustellen sucht.

Wie heute gemeldet wird, soll im Anschluß an die für den 27. d. anberaumte Sitzung des kriegswirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses eine Besprechung der interessierten Kreise stattfinden. Hierbei scheint man von der richtigen Anschauung auszugehen, daß der Kreis der Interessenten sehr weit zu ziehen ist. Zunächst müssen einmal die Leiter der verschiedenen wirtschaftlichen Zentralen mit den Delegierten des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses sowie den Vertretern wirtschaftlicher Organisationen zusammentreten. Vieles von dem Wirken der Zentralen ist in Dunkel gehüllt, die Bevölkerung sieht oft nur den Mißerfolg und verurteilt infolgedessen eine Tätigkeit, deren Details ihr geheim gehalten werden. In diesen verschiedenen Zentralen sitzen zwar Delegierte verschiedener wirtschaftlicher Korporationen, verschiedener Schichten der Bevölkerung, verschiedener Erwerbs- und Berufsgruppen, aber es hat fast den Anschein, als ob diese Vertreter der wirtschaftlichen Berufe durch die mehrjährige Zusammenarbeit mit den Organen der Regierung selbst in gewissem Sinne bürokratisiert worden wären und die richtige Fühlung mit der Bevölkerung verloren hätten. Es ist daher unbedingt notwendig, daß dieser Zusammenhang wieder hergestellt wird. Produzenten und Vertreter der Konsumenten werden in der Lage sein, ihr Urteil darüber abzugeben, welche Artikel sich für die staatliche Bewirtschaftung eignen und wie diese Bewirtschaftung durchgeführt werden kann, ohne den Antriebe zu intensiver Produktion zu schädigen. Aus einer solchen Aussprache kann und muß sich ergeben, ob es richtig ist, bei vielen wichtigen Bedarfsgegenständen die Tätigkeit des Handels auszuschalten und in der Ernährungsfrage Enklaven innerhalb des Staates zu bilden. Eine solche Aussprache kann sehr produktiv sein, sie kann den staatlichen Organen die richtigen Wege weisen oder

zumindest davor schützen, daß begangenen Fehler wiederholt werden.

Das vierte Kriegsjahr bringt, da wir gleichsam in einer eingeschlossenen Festung leben und fast ausschließlich auf unsere eigene Produktion angewiesen sind, gewiß neue Erzhverhältnisse in der Lebensmittelversorgung und legt die Pflicht der allersparfamsten Haushaltung mit unseren Vorräten auf. Aber in vielen wichtigen Bedarfsartikeln kann die Produktion immerhin noch erhöht und in richtige Bahnen geleitet werden. Diese zu finden, wird vielleicht möglich sein, wenn der Rat und die Mitarbeit der weitesten Kreise herangezogen werden. Man kann eben durch Gesetz und Verordnung Zentralen und gewissen Zweigen der Verwaltung eine unumschränkte Vollmacht einräumen, wie dies tatsächlich geschehen ist, und es war auch sicher zweckmäßig, dies zu tun, und man kann nur bedauern, daß dies in manchen Fällen zu spät geschehen ist. Aber diese Verwaltungsmacht allein löst die schwierigen Aufgaben nicht. Diese große Gewalt richtig zu verwenden, ist eigentlich die wichtigere Hauptarbeit, nachdem der erste Schritt geschehen ist, indem Einrichtungen mit tatsächlicher Verwaltungsallmacht geschaffen wurden. Diese Stellen dürfen aber den Zusammenhang mit dem Leben nicht verlieren. Das Parlament würde, so hoffte man, diesen Zusammenhang aus eigenem Willen herstellen. Es ist nicht geschehen, und so erscheint es eigentlich als eine gebotene Pflichterfüllung, wenn die Regierung nunmehr selbst die Wege vorbereitet, damit die Erfahrungen und Bedürfnisse der Bevölkerung in der Lebensmittelfrage in dieser schweren Zeit den berufenen Organen der Regierung rückhaltlos zur Kenntnis gebracht werden und so der Zusammenhang zwischen Verwaltung und Bevölkerung, der oftmals gelockert oder unterbunden schien, in der vitalsten Frage des vierten Kriegsjahres wieder hergestellt wird.

## Ministerpräsident Dr. v. Seidler und die Ernährungsfrage.

Von besonderer Seite erfährt die „Wiener Politische Rundschau“:

Der Eintritt in das neue Wirtschaftsjahr stellt gegenwärtig die Beschäftigung mit den Ernährungs-, beziehungsweise wirtschaftlichen Versorgungsfragen in den Vordergrund der Tätigkeit des Kabinettschefs. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Versorgung des Konsums mit den allerwichtigsten Lebensmitteln, insbesondere Kartoffeln und Fett.

Im Einvernehmen mit den Leitern des Amtes für Volksernährung, des Handels- und des Ackerbauministeriums nimmt Ministerpräsident Dr. v. Seidler, der diesbezüglich mit der Bevölkerung in unmittelbare Verbindung zu treten wünscht, für die nächste Zeit eine Besprechung mit Vertretern der interessierten Kreise in Aussicht. Es ist auch geplant, im Ministerratspräsidium eine Aussprache zwischen den Leitern der wirtschaftlichen Zentralen und Delegierten der kriegswirtschaftlichen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses sowie Vertretern wirtschaftlicher Korporationen abzuhalten. Diese Zusammenkunft, die bisher wegen Abwesenheit maßgebender hiebei in Betracht kommender Persönlichkeiten nicht erfolgen konnte, dürfte nunmehr in allernächster Zeit im Anschluß an die für den 27. d. anberaumte Sitzung des kriegswirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses stattfinden.

## Die Verpflegungsschwierigkeiten in Niederösterreich.

Die deutschnationalen Abgeordneten im Ernährungsamt.

Heute vormittag sprachen die deutschnationalen Abgeordneten Niederösterreichs Dr. Schürff, Dr. Waber, Kittinger, Richter und Wedra im Amte für Volksernährung vor, um dem Minister die Wünsche und Beschwerden der niederösterreichischen Städte und Märkte hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln zur Kenntnis zu bringen.

In Abwesenheit des Ministers Höfer, der zur Audienz befohlen war, empfing sein Vertreter, Oberst Wallerstorfer, die Abordnung. Abgeordneter Kittinger überreichte namens der Abgeordneten eine Denkschrift, in der die Wünsche der Städte hinsichtlich der Verpflegung in großen Zügen niedergelegt waren.

In der Denkschrift wird unter anderem ausgeführt, daß eine der Hauptursachen der vielfachen Verpflegungsschwierigkeiten die gegenseitige Absperrung der Länder ist, durch die die Bevölkerung Niederösterreichs am meisten zu leiden habe. Es ist ganz unverständlich, daß bei der Einheitlichkeit des österreichischen Staatsgebietes die landwirtschaftlich überproduktiven Länder den notleidenden Ländern nicht beistehen wollen. Das durch unrichtiges Vorgehen eingetretene Verderben großer Mengen Speisekartoffel habe im Verpflegungsjahr 1916/17 in der Bevölkerung eine große Erbitterung hervorgerufen. Die Bevölkerung verlange daher Maßnahmen, die eine Wiederholung solcher Fälle unmöglich machen. Es dürfen Kartoffeltransporte nur bei Temperaturen bis +5 Grad Celsius stattfinden. Bei der Bewirtschaftung der Kartoffel sei im Sinne der Verordnung vom 26. Juli 1917 unverzüglich zu verfügen, daß in den Städten und Industriorten das Quantum per Kopf und Woche von einem Kilogramm allgemein mindestens auf vier Kilogramm erhöht werde, welche Menge auch in Ungarn festgesetzt sei.

Zur Vermahlung der Brotfrüchte seien vor allem auch die kleineren Mühlenbetriebe heranzuziehen, wodurch Kohlen, Transportmittel und Transportauslagen erspart werden und die regelmäßige Mehlaufuhr in die Verpflegungssprengel gefördert wird.

Schließlich verlangt die Denkschrift die Bewilligung von Einsiedezucker für das Waldviertel zur Konservierung der großen Beerenmengen.

Jeder der Abgeordneten trug die besonderen Wünsche seines Wahlbezirkes dem Vertreter des Ernährungsministers vor, der sich in eingehender Weise über die Detailfragen unterrichten ließ, über einzelne Fälle sogleich die nötigen Anskünfte erteilte, für andere eine baldige Erledigung in Aussicht stellte. Insbesondere kamen die Fragen der Kartoffel-, Obst- und Gemüsebeschaffung zur Erörterung. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, daß vielfach wieder große Gemüsemengen in völlig verdorbenem Zustand in den Städten eintreffen und ersuchten dringend um Abhilfe gegen solche Vorkommnisse.

Oberst Wallerstorfer anerkannte die Berechtigung der von der Abordnung vorgebrachten Wünsche und Beschwerden und versprach, dem Minister darüber zu berichten, der zweifellos die erforderlichen Maßnahmen treffen werde.